

Verabschiedet sich der Südwesten vom Leistungsprinzip? Soll sich das Gymnasium zu einer höheren Gemeinschaftsschule entwickeln? Einblicke in die schöne neue Lernwelt der Reformwütigen.

Von Matthias Burchardt

Noch tobt in Baden-Württemberg eine heftige Auseinandersetzung um die „Gemeinschaftsschule“. Bürgerinitiativen und Lehrverbände wehren sich zum Teil erfolgreich gegen die Umwandlung funktionierender Real- und Werkrealschulen nach Konzepten des „selbstgesteuerten“ Lernens. In dieser Auseinandersetzung standen die Gymnasien weniger im Mittelpunkt, wengleich durch die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung bereits an ihrer Erosion gearbeitet wurde. Wer allerdings darauf vertraute, dass im Rahmen eines „Zwei-Säulen-Modells“ der gymnasiale Bildungsweg erhalten bliebe, hat den Willen der grün-roten Regierung zur „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) unterschätzt. Nun soll auch das Gymnasium für die schöne neue Bildungswelt zurechtgestutzt werden – was wohl seine Aushöhlung zur „höheren Gemeinschaftsschule“ bedeuten dürfte.

Das offenbart ein kursierendes „Geheimpapier“ des Bildungsministeriums, dessen Titel „Gymnasium 2020“ schon unterstreicht, dass grundstürzende Reformen anstehen wie die Agenda 2010 oder der Lehrplan 21 in der Schweiz. Erarbeitet wurde es von einem nicht näher genannten Kreis, in dem neben ministerialen Akteuren auch Vertreter des Landeselternbeirates und der Direktorenvereinigung saßen. Wer federführend war oder nur der Legitimationsbeschaffung diene, ist unklar. Nicht dabei war der Philologenverband und damit auch der Sachverstand und die Interessen der Gymnasiallehrer. Da die grün-rote Landesregierung bereits bei der blitzartigen Einführung der Gemeinschaftsschule die Macht des Augenblicks genutzt hat, erscheint es deshalb dringend geboten, die Diskussion aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit zu holen, denn die Reform soll direkt nach der nächsten Landtagswahl, also schon zum Schuljahr 2016/17 beginnen.

Intellektuell ist der Text eher unbefriedigend, da er weniger argumentativ als rhetorisch vorgeht: Pädagogische Selbstverständlichkeiten werden zu neuen Visionen erklärt. So soll sich das „Gymnasium 2020“ „durch eine Vertrauens- und Wertschätzungskultur und durch klare Reflexions- und Kommunikationsstrukturen“ auszeichnen. „Schüler und Lehrer begegnen sich in gegenseitigem Vertrauen.“ An welcher Schule soll das nicht gelten? Ist denn das aktuelle Gymnasium von einer Misstrauenskultur geprägt? Oder will man ebendas unterstellen, um Reformbedarf zu konstruieren? Ähnlich holperig wird der pädagogische Schwerpunkt herausgestellt: „Das Gymnasium 2020 profiliert sich als Schule des forschenden, eher theoretischen Lehrens und Lernens.“ Was soll „forschendes Lehren“ sein? Und war das wissenschaftspropädeutische Arbeiten nicht schon immer die Aufgabe des Gymnasiums?

Doch sind diese konsensheischenden Hochwertbegriffe wohl nur das Präludium, um dann die Axt an das Selbstverständnis des Gymnasiums als soziale Leistungsschule zu legen: Nun sollen die „Bedürfnisse und Potenziale der Schüler“ Ausgangspunkt sein, nicht mehr der fachliche Anspruch. Demnach soll nun ein „differenzierender, Heterogenität bejahender pädagogischer Ansatz“ verfolgt werden. Auch hier wird also nun „Heterogenität“ gegen den Leistungsanspruch ausgespielt, sprich, das Niveau gesenkt, weil man ja nicht von allen das Gleiche verlangen könne.

Sogleich wird dann für die neu erfundene Krankheit des Gymnasiums eben die Medizin verordnet, die auch der bisherigen Realschule den Garaus macht: der Umbau des gymnasialen Unterrichts. Unter zweifelhafter, weil willkürlicher und selektiver Berufung auf die Hattie-Studie soll die Qualität des gymnasialen Unterrichts ausgerechnet durch dessen Abschaffung gesteigert werden! Selbstlernphasen, Lernateliers, akademische Vorlesungen, Individualisierung, niveaudifferenzierte Kompetenzraster, Lernen an außerschulischen Lernorten sollen auch hier als Elemente der wissenschaftlich umstrittenen „Neuen Lernkultur“ den bewährten

Klassenunterricht zunehmend ersetzen. Ein kostensparender Nebeneffekt dürfte sein, dass selbstorganisiertes Lernen und pseudouniversitäre Vorträge wesentlich größere Gruppenstärken zulassen, so dass hier sicher auch Ressourcenersparnisse erhofft werden.

Ob diese Formen aber auch dieselbe pädagogische Qualität erbringen können, scheinen selbst die Autoren des Papiers zu bezweifeln, denn sie stellen den Schülern von der 5. Klasse an verpflichtend einen Coach zur Seite, der sie auf der „Ebene der Ich-Du-Beziehung“ kontrolliert und steuert, damit diese in der neuen Lernkultur nicht verlorengelassen: „Where am I going? How am I going? What next?“. Dies als Stärkung von Beziehung herauszustreichen klingt zynisch, nachdem man durch Individualisierung und Selbstorganisation die Klassengemeinschaft atomisiert und die Rolle des Klassenlehrers auf die „formal-organisatorische Ebene“ beschränkt hat. Ein erfahrener Geschichtsdidaktiker kritisiert: „Anstelle des gemeinschaftlichen Lernens im Klassenverbund, welches den Schülern Rückhalt durch Mitschüler und die Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft gibt, werden die Schülerindividuen in der Lernzelle („Atelier“) isoliert, um die ‚Tretmühle‘ des „Kompetenzrasterlernens“ zu bedienen, und sie sind dabei einem „Coach“ ausgeliefert, der aus ihnen mit Psycho- und Managementtechniken soviel „herauszuholen“ versucht wie ein Fußballprofi-Trainer aus seinem „Spielermaterial“. Was darüber hinaus als „soziales Lernen“ angeboten wird, ist reines Rankenwerk ohne jeden emanzipatorischen Charakter.

Spätestens nun wird deutlich, dass das „Gymnasium 2020“ nicht etabliert werden soll, weil das Gymnasium 2015 seinen Auftrag nicht erfüllen könnte. Vielmehr soll das Gymnasiale schlechthin im Namen der Gemeinschaftsschuldoktrin überwunden werden. Wer also bisher gehofft hat, dass das Gymnasium im sogenannten Zwei-Säulen-Modell eine Art von Bestandsschutz genießen kann, wird eines Besseren belehrt. Offenbar soll es gezwungen werden, sich in eine verkappte Gemeinschaftsschule zu verwandeln, an der man unter dem Schlagwort „academic learning“ in der Oberstufe unter der Aufsicht von Coaches ein wenig Universität spielen darf.

Der Anpassungsdruck seitens der Gemeinschaftsschule prägt schließlich auch die Reformvorschläge zur „Weiterentwicklung“ der gymnasialen Oberstufe. Im 10. Schuljahr, fortan OS 1 (Oberstufe 1), können künftig Wechsler von der Gemeinschaftsschule in eine zweite Fremdsprache auf B-Niveau einsteigen und Vertiefungsangebote in den Hauptfächern und den Naturwissenschaften erhalten. Diese Konstruktion könnte als Misstrauen gegen die Lernergebnisse der Gemeinschaftsschulen gewertet werden. Sie bedeutet aber in jedem Fall eine Entwertung der gymnasialen Unter- und Mittelstufe und die Aufhebung der bisher gültigen Prinzipien einer durchgängigen Fachlichkeit und methodischen Kohärenz, welche schon ab der fünften Klasse einen konsistenten Bildungsgang mit dem Ziel der Allgemeinen Hochschulreife gewährleisten konnten. Auch leistungsstarken Realschülern stand es offen, auf diesem Weg zum Abitur zu gelangen.

Nun wird das gymnasiale Niveau durch die Reduzierung der schriftlichen Abiturleistungen gesenkt: „Die Schüler legen statt vier schriftlichen und einer mündlichen Prüfung künftig drei schriftliche und zwei mündliche Prüfungen ab. Eine der beiden mündlichen Prüfungen kann durch eine besondere Lernleistung ersetzt werden.“

Diese Erleichterungsstrategie kennt man bereits aus anderen Bundesländern. Sie wird bessere Abiturdurchschnitte hervorbringen und mehr erfolgreiche Abiturienten produzieren, und zwar „ressourcenneutral“, wie die Autoren zu betonen nicht müde werden. Damit stünde das „Gymnasium 2020“ als Zertifikatsdiscounter da. Allerdings führt eine höhere Akademikerquote bekanntermaßen nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sondern nur zur Entwertung von akademischen Abschlüssen. Außerdem steigen die Fehlqualifikationen zu Lasten von Absolventen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dagegen gibt es schon Einsprüche seitens der Vertreter der beruflichen Gymnasien, die die Balance und Vielfalt möglicher Qualifikationen gefährdet sehen. Auch regional verwurzelte und langfristig denkende Unternehmer schauen mit Sorge auf die Entwicklungen im Land.

Pikant ist der Schlussteil des Papiers. Unter der Überschrift „Kommunikation und Multiplikation“ wird die Propagandastrategie zur Vermarktung des neuen Gymnasiums dargelegt: öffentlichkeitswirksame Ministerauftritte in „Vorreiter-Gymnasien“ und die Top-down-Kommunikation mit den Betroffenen sind das Mittel der Wahl. Lehrerverbände werden schlicht informiert, nicht konsultiert, und Schulleitertagungen sollen zur unkritischen Multiplikation des Konzepts genutzt werden. Dieser autoritäre Zugriff erscheint angesichts der logischen Inkonsistenzen und inhaltlichen Zumutungen des Reformplanes erfolgversprechender zu sein, als sich dem „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes“ auszusetzen.

Der Autor lehrt Bildungsphilosophie und Anthropologie an der Universität zu Köln.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.4.2015, Seite 6